

SPERRFRIST:

1. Mai 2018, Redebeginn

REDE

Es gilt das gesprochene Wort!

Stefan Körzell

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB

1. Mai 2018

Gelsenkirchen

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

sehr geehrter Oberbürgermeister Baranowski, herzlichen Dank für die freundliche Begrüßung.

Ich freue mich, heute bei Euch in der Herzkammer von Nordrhein-Westfalen, in Gelsenkirchen, zu sein und mit Euch gemeinsam den 1. Mai, den Tag der Arbeit zu feiern. Bergbau, Fußball, Zechenschließungen, der Strukturwandel haben diese Region geprägt und gezeichnet. Hier wurde mit Kohle und Stahl der Wiederaufbau der Republik geleistet. Das Wirtschaftswunder folgte. Nirgendwo sonst findet der 1. Mai so seine Begründung wie hier im Ruhrpott.

Der 1. Mai ist hier wie eine Grundsteinlegung für den Stolz auf die Errungenschaften der internationalen Arbeiterbewegung. Dieser Tag symbolisiert wie kein anderer Tag die Würde der Arbeit. Wie oft erleben wir, dass diese Würde verletzt wird, obwohl sie das Grundgesetz in Artikel 1 schützt. Sei es durch sittenwidrige Löhne, durch Ausbeutung, durch Leiharbeit, die Menschen zu modernen Arbeitsklaven macht, durch Knochenjobs, die das Leben auffressen. Bis vor ziemlich genau 60 Jahren durfte der Mann den Job seiner Frau kündigen, ohne sie zu fragen. Bis 1977 brauchte die Frau das Einverständnis ihres Mannes, um arbeiten gehen zu dürfen. Noch immer erhalten die Kolleginnen für die gleiche Arbeit 21% weniger Lohn.

Wisst ihr was das ist? Das ist eine Schweinerei. Eigentlich müsste dies Geschichte sein: Hier in Gelsenkirchen haben die Heinze Frauen 1981 vor dem Bundesarbeitsgericht die gleiche Bezahlung wie für ihre männlichen Kollegen durchgesetzt. Noch heute haben wir die Lohngleichheit nicht. Dafür seit Januar 2018 das Entgelttransparenzgesetz. Kolleginnen, nutzt dieses Gesetz um Lohnungleichheit endlich Geschichte werden zu lassen! Deshalb ist es wichtig, dass endlich das Recht auf Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit Gesetz wird.

Starke Gewerkschaften brauchen die demokratische Beteiligung der Vielen. Was uns verbindet, sind gemeinsame Werte, für die auch unser diesjähriges Mai-Motto steht: „Solidarität – Vielfalt – Gerechtigkeit“. Wir kämpfen solidarisch für eine gerechtere Gesellschaft, in der alle Beschäftigten einen fairen Anteil an dem Wohlstand erhalten, den sie erwirtschaftet haben. Bei Siemens hat man das missverstanden. Über 6 Milliarden Euro Gewinn, den die Beschäftigten geschaffen haben. Und dann sollen auf einmal ganze Werke geschlossen werden und hunderte von Kollegen auf der Straße stehen, obwohl ihre qualifizierte Arbeit gebraucht wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Jahr 2018 hat gut angefangen. Die IG-Metall hat 4,3 % mehr Lohn durchgesetzt und eine Arbeitszeit, die zum Leben passt.

Ver.di hat in der vorletzten Woche für den öffentlichen Dienst ebenfalls abgeschlossen. 7,5 % mehr Geld in drei Schritten – das kann sich sehen lassen! Das ist der Erfolg der Gewerkschaften!

Nur die Bauarbeitgeber konnten sich nicht mit der IG BAU einigen. Es geht in die Schlichtung. Ich rufe den Bauarbeitgebern heute zu: Wer Aufträge und Arbeit bis zum Anschlag hat, der muss die hart arbeitenden Beschäftigten auch gut bezahlen! Deshalb brauchen sie 6 % mehr Geld. Wer nicht gut zahlt, braucht sich über einen Facharbeitermangel nicht zu beklagen. „Der wird von jungen Menschen nicht geliked!“



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zudem brauchen wir eine Erhöhung des Mindestlohns. Dieser muss existenzsichernd werden! Rund vier Millionen Menschen profitieren von der Einführung des Mindestlohns. Doch zu viele Beschäftigte werden von kriminellen Arbeitgebern um ihren Mindestlohn gebracht. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat errechnet, dass rund 1,8 Millionen Beschäftigte um ihren Mindestlohn betrogen werden. Das ist ein riesiger Skandal. Der Schaden, der durch den nicht gezahlten Lohn und die Sozialversicherungsbeiträge entsteht, wird auf rund 7,6 Milliarden Euro geschätzt.

Ich fordere die Politik auf, endlich mehr Personal beim Zoll einzustellen. Der ist nämlich für die Kontrollen zuständig. Arbeitgeber, die beim Betrügen erwischt werden, müssen mit aller Härte des Gesetzes verfolgt und bestraft werden. Der Staat muss die Gesetze umsetzen. Das ist seine Aufgabe – im Interesse der arbeitenden Menschen.

Es kann nicht sein, dass Menschen, die angeblich bei Hartz IV betrogen haben, verfolgt werden, Arbeitgeber aber mit Samthandschuhen angefasst werden. Dies hat nichts mit Gerechtigkeit zu tun – hier muss die Politik dringend handeln. Auch zum Schutz der ehrlichen Arbeitgeber!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Kernaufgabe der Gewerkschaften ist und bleibt es, gute Tarifverträge abzuschließen. Gute Tarifverträge, die mehr regeln als nur ein unterstes Entgelt und möglichst weit über dem Mindestlohn ansetzen. Zudem stehen wir vor dem Problem, dass Einkommen auseinander klaffen und Millionen Beschäftigte ohne den Schutz von Tarifverträgen arbeiten.

Immer mehr Arbeitgeber versuchen, der Tarifbindung zu entfliehen – und das gelingt ihnen noch viel zu oft. Nur selten werden sie zur Verantwortung gezogen! Das ist unerträglich: Beschäftigte werden in Unsicherheit gestürzt, dass ihre Einkommen und ihre Arbeitsbedingungen verschlechtert werden könnten. Die Tarifbindung sinkt kontinuierlich in den letzten Jahren. Das kann so nicht weitergehen! Wir wollen Tarifverträge für alle. Dafür braucht es die gesetzlichen Rahmenbedingungen. Die neue Regierung bleibt in ihrem Koalitionsvertrag jedoch weit hinter unseren Erwartungen zurück. Wir brauchen keine Lippenbekenntnisse zur Stärkung der Tarifbindung, wir brauchen Taten, und zwar jetzt! Auch in anderen Bereichen müssen die Koalitionäre nun schnell ihre Arbeit machen. Einige wichtige Projekte haben sie im Koalitionsvertrag angekündigt, die längst überfällig sind.

So muss die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung schnell angegangen werden, um endlich die Arbeitgeberseite wieder in die Verantwortung zu nehmen. In der Pflege brauchen wir viel mehr Personal als die angekündigten 8000 neuen Stellen. Es fehlen aktuell mindestens 30.000. Hier gilt es insgesamt dicke Bretter zu bohren und keine Spahnplatten.

Mit unserer gemeinsamen Rentenkampagne haben wir Gewerkschaften entscheidend dazu beigetragen, dass das gesetzliche Rentenniveau nun bei 48 Prozent stabilisiert werden soll. Dazu müssen jetzt die ersten Schritte eingeleitet werden! Das gleiche gilt für die angekündigte Mindestausbildungsvergütung! Auszubildende müssen endlich angemessen entlohnt werden – vor allem im Handwerk. Denn sie sind die Fachkräfte von morgen und keine billigen Arbeitskräfte. Es heißt Ausbildung und nicht Ausbeutung, liebe Arbeitgeber!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Überall in Deutschland werden in diesen Wochen die Betriebsräte gewählt. Die bisherigen Ergebnisse zeigen: in den Betrieben wird Demokratie und Mitbestimmung gelebt! Denn die Mobilisierung rechter Gruppen für die Betriebsratswahlen ist grandios gescheitert. Es gibt keinen massiven Rechtsruck und es wird keinen geben. Und was macht mich da so sicher? Das seid ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Betriebsräte. Ihr seid das Bollwerk gegen Rechts. So wie es in der vergangenen Woche die Beschäftigten von Opel in Eisenach deutlich gezeigt haben!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist klar: Jeder rechte Betriebsrat ist einer zu viel. Deshalb müssen wir weiter machen und für Solidarität und Vielfalt arbeiten. Die Wahl hat klar gezeigt: eine rechte Pseudogewerkschaft hat bei euch keine Chancen. Und dafür danke ich euch! Allen Betriebsräten unter euch, die schon gewählt wurden, meinen herzlichen Glückwunsch. Die Gewerkschaften sind die Herzkammer der Demokratie, die die Würde der Arbeit, die Menschenrechte verteidigt, weil Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Hassbotschaften keinen Platz haben am Arbeitsplatz. Und an keinem anderen Ort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Unser Mai-Motto ist „Solidarität – Vielfalt – Gerechtigkeit“. Diese Werte sind die Grundlagen für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, den wir gerade heute immer wieder stärken und verteidigen müssen. Denn immer mehr Menschen haben das Gefühl, dass es in unserer Gesellschaft ungerecht zugeht. Obwohl die Wirtschaft boomt und die Staatsfinanzen solide sind wie lange nicht mehr, klafft die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander.

Während die einen ihre Millionen in der Karibik in den Steueroasen vor dem Fiskus schützen, haben tausende von Kindern noch niemals die Nord – oder Ostsee gesehen. Während die einen, trotz Betrügereien wie bei der Deutschen Bank mit Millionengehältern und Boni zu geschüttet werden, stehen andere wegen eines geklauten Pfandbons oder wegen Schwarzfahren vor Gericht.

Viele Menschen machen sich Sorgen um ihre Zukunft und ihre Alterssicherung. Wird der Roboter meinen Job ersetzen, weil er nicht krank wird, nicht aufs Klo geht, nicht nach Urlaub fragt und keine Pause braucht? Wird die fortschreitende Digitalisierung uns überflüssig machen? Sie fragen sich: Werden es meine Kinder deshalb einmal besser haben als ich oder wird es sehr viel schlechter sein? Die Arbeit wird sich verändern, wir müssen dazulernen, uns immer weiter qualifizieren, denn es entstehen neue Jobs mit neuen Herausforderungen. Lasst euch nicht bange machen. Wir werden diese digitale Revolution gemeinsam mit den Betriebs- und Personalräten sozial gestalten, wie werden uns nicht überrollen lassen.

Rechtspopulisten greifen diese neue Unübersichtlichkeit oder Komplexität auf, schüren Ängste, spalten und setzen Falschmeldungen in ihre Netzwerke, dass sich die Balken biegen. Sie sind keine Alternative, sie haben keine Lösung, sie sind das Problem und so überflüssig wie Mumms. Die Rechtspopulisten wollen den Keil der Spaltung immer tiefer in unsere Gesellschaft treiben, indem sie Angst vor allem Fremden, vor Veränderung säen. Sie schüren Hass und provozieren Gewalt.

Das dürfen wir nicht zulassen! Denn jeder und jedem muss klar sein: Ohne Zuwanderung hätte es hier keinen Bergbau gegeben. Angefangen bei den Hugenotten folgten 300 Jahre später die Ruhrpolen, dann die italienischen, die türkischen, die jugoslawischen Gastarbeiter, die dieses Land zu einem der stärksten Wirtschaftsnationen auf der Welt machten. Und

jetzt grölen die Rechtspopulisten „Deutschland den Deutschen“. Ohne Zuwanderung, ohne Fachkräfte von außen könnten wir den Laden schließen.

Auch wenn das Parteiensystem in der Krise steckt, unsere Demokratie ist stark, die Gewerkschaftsbewegung ist ein Bollwerk gegen die dumpfen neoliberalen, nationalistischen und völkischen Parolen der Rechten. Wir stehen auf der richtigen Seite der Geschichte. Wir leben Vielfalt, wir wissen um die stärkende Kraft der Solidarität und fordern soziale Gerechtigkeit. Unsere Demokratie und unser Parteiensystem stecken in einer Vertrauenskrise. Viele, viele Menschen haben sich vom Wählen verabschiedet, weil sie nicht mehr glauben, dass jemand ihre Probleme hört oder sieht. Und deshalb wird es Zeit, dass die Hartz-IV Reform auf den Prüfstand kommt, dass massiv gegen Kinder – und Altersarmut gegengesteuert wird. Was wir trotzdem nicht tun dürfen, ist uns an den dumpfen neoliberalen, nationalistischen und völkischen Parolen der Rechten abarbeiten. Wir lassen uns nicht von den Rechten treiben. Denn sie haben keine Antworten auf die Sorgen, Ängste und Nöte der Menschen! Die Politik der AfD ist neoliberal bis zum Geht-Nicht-Mehr. Sie steht für Privatisierung, Abbau der sozialen Sicherung und den Rückzug des Staates. Davon profitieren nur Besserverdienende und Vermögende. Und das bisschen, was es aus Sicht der AfD noch an Solidarität zu verteilen gibt, soll ausschließlich an Deutsche gehen. Das ist unter aller Sau!

Wir haben als Gewerkschaften andere Antworten. Unsere Alternative heißt Respekt und Solidarität. Damit erreichen wir die Menschen. Damit werden wir denen Rechtsaußen das Wasser abgraben. Denn wir müssen den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – bei uns in Deutschland und in Europa.

Mein Kollege aus der Türkei, aus Italien, aus Spanien, aus Israel, aus Polen gehört zu mir, zu uns, weil es uns egal ist, ob er Katholik, Protestant, Muslim, Jude, Atheist oder Buddhist ist. Er ist mein Kollege, meine Kollegin und nur zusammen sind wir stark. Solidarität gilt ALLEN! Vielfalt, Respekt wurde gerade im Bergbau seit Jahrhunderten gelebt. Kumpel ist Kumpel. Dafür stehen wir. Dafür streiten wir. Und damit sind wir Teil der gesellschaftlichen Mehrheit in diesem Land. Wir engagieren uns mit allen Kräften gegen rechts. Viele von Euch beteiligen sich daran – im Betrieb, der Dienststelle oder in Gesellschaft und Politik – Danke Euch dafür!

Dabei möchte ich nicht beschönigen, dass einiges in unserem Land falsch läuft. Es kann nicht sein, dass die Bundesagentur für Arbeit monatlich sinkende Arbeitslosenzahlen meldet, damit immer neue Rekorde bricht und die Politik sich dafür bejubelt, während unser Land mit einem wachsenden Niedriglohn-Sektor und mehreren hunderttausend Langzeitarbeitslosen konfrontiert ist.

Auch wenn es derzeit am Arbeitsmarkt besser aussieht, als vor 10 Jahren, ist die Arbeitslosigkeit noch nicht beseitigt. Gerade jetzt, wo der Arbeitsmarkt aufnahmefähig ist, muss das Thema Langzeitarbeitslosigkeit angegangen werden. Wir können Vollbeschäftigung schaffen, wenn wir auch die in Arbeit bringen, die lange ohne Arbeit sind. Es gibt genug gute Arbeit. Der Markt wird das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit nicht lösen! Deshalb ist die Politik gefordert! Denn Langzeitarbeitslosigkeit ist ein strukturelles, ein ökonomisch verursachtes Problem. Das jetzt ein Arbeitsmarkt für 150.000 Langzeitarbeitslose geschaffen werden soll, ist richtig. Aber richtig ist auch, dass diese nicht als Lohndrücker missbraucht werden dürfen. Auch sie müssen nach Tarif bezahlt werden.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die „Stadt der 1000 Feuer“ – dieser Name erinnert an die Hochöfen, an Kohle und Stahl, dieses Feuer nehmen wir als symbolische Fackel, weil wir durch die Digitalisierung einen weiteren Strukturwandel zu bewältigen haben, denn die Arbeit wird sich verändern. Wir müssen gewappnet sein, wir brauchen Weiterqualifizierung, Weiterbildung, lebenslanges Lernen, kostenlose Bildung und Betreuung von der Kita bis zum Berufs- oder Studienabschluss. Frauen verdienen die gleichen Chancen wie Männer und ich wiederhole mich, die gleiche Bezahlung.

Es braucht frühzeitig Antworten, wenn Arbeitsmarktstrukturen sich verändern. Ich brauche euch davon nichts erzählen. Ihr erlebt den Strukturwandel seit vielen Jahren am eigenen Leib. Ihr wisst, dass 2018 das Jahr ist, in dem der deutsche Steinkohlebergbau beendet wird. In dem die letzten Zechen schließen. In dem die letzte Lore ans Tageslicht befördert wird. In diesem Jahr endet die Geschichte von 200 Jahre Steinkohlebergbau. Das Leben geht weiter. In dem Bewusstsein, welchen Wohlstand uns der Bergbau gebracht hat, was es bedeutet, unter Tage Schwerstarbeit zu leisten und immer zu wissen: wenn es gefährlich wird, kannst du dich auf deinen Kumpel verlassen. 100%. Das ist Solidarität in reinsten Form. Wer kann das so ausschließlich sagen. Wer, bitte wer?

Das Ruhrgebiet führt uns vor Augen, wie wichtig eine Strukturpolitik mit und für die Beschäftigten in den betroffenen Regionen ist. Beschäftigte brauchen auch in Zeiten der Veränderung eine sichere Perspektive für ihre eigene Zukunft. Tourismus und Nagelstudios reichen da nicht aus, um die Wirtschaftskraft in den Regionen zu halten. Es muss uns um die Frage gehen, mit welchen Innovationen und Investitionen wir bestehende Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen können. Und damit sind ausdrücklich nicht nur theoretische Zahlenspiele am Reißbrett gemeint. Das Ruhrgebiet macht es vor und versucht, zuversichtlich in die Zukunft zu blicken. Die digitalen Modellregionen in NRW und Projekte wie der Nordsternpark in Gelsenkirchen sind Ansätze, die Region zukunftsfähig zu machen, ohne die Vergangenheit in Vergessenheit geraten zu lassen. Dennoch ist klar, dass noch viel mehr getan werden muss. Denn dem Wandel können wir uns nicht versperren, aber wir müssen ihn gestalten, mitbestimmen.

Die Energiewende schreitet weiter voran und ist eines der wichtigsten Zukunftsprojekte. Mit ihr verbinden sich großen Chancen, wenn wir Innovationen umsetzen, und damit Wohlstand und Arbeitsplätze sichern. Im Sinne der „just transition“, des gerechten Übergangs, müssen in der Energie- und Klimapolitik die Auswirkungen auf Beschäftigung in den Mittelpunkt gestellt werden.

Und es kommen neue Herausforderungen auf uns zu. Die Digitalisierung schreitet unaufhaltsam voran. Sie verändert das Arbeiten in der Industrie, im öffentlichen Leben und im Dienstleistungsbereich. Die Aufgabe der Gewerkschaften ist es, dafür zu sorgen, dass Gute Arbeit diesen Veränderungen nicht zum Opfer fällt. Denn wir wissen, was die Stärken unserer Wirtschaft sind: Die größte Stärke seid Ihr, die Beschäftigten!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Dafür braucht es einen handlungsfähigen Staat, funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Gerechtigkeit! Dafür brauchen wir öffentliche Investitionen! Denn Deutschland fährt seit Jahren auf Verschleiß – Brücken und Straßen sind marode, in Bürgerämtern, Kitas und bei der Polizei fehlt es an Personal.

Der Personalbestand im öffentlichen Dienst wurde zwischen 1991 und 2008 um ein Drittel gesenkt – dafür bekommen wir jetzt die Quittung! Die Leidtragenden sind wir alle, wenn öffentliche Dienstleistungen eingeschränkt werden. Dabei wäre das Geld da! Erst vor einigen Wochen ging es durch die Schlagzeilen: Deutschland hat schon wieder einen Rekordüberschuss erzielt! Deshalb sage ich: Jetzt gibt es keine Ausreden mehr! Es muss Schluss sein mit der Politik der schwarzen Null, zu der sich auch der neue Finanzminister als eine seiner ersten Amtshandlungen bekannt hat.

Das Festhalten an der schwarzen Null ist der falsche Weg! Das Geld muss zügig investiert werden, und zwar in Infrastruktur, Personal im öffentlichen Dienst und nicht zu vergessen, in bezahlbarem Wohnraum – eines der drängendsten gesellschaftlichen Themen der nächsten Jahre! Denn bezahlbarer Wohnraum ist in Deutschland Mangelware. Die Mietzahlungen fressen mittlerweile die Gehälter auf: Fast die Hälfte der Haushalte in den Großstädten müssen mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens ausgeben, um die Miete zu bezahlen. Etwa 1,3 Millionen Großstadt-Haushalte haben nach Abzug der Mietzahlung nur noch ein Resteinkommen, das unterhalb der Hartz-IV-Regel-sätze liegt. Aber ich frage euch: Wie soll denn ein Gemeinwesen, wie soll eine Stadt funktionieren, wenn Männer und Frauen mit durchschnittlichem Einkommen – die Krankenschwester, der Müllfahrer, die Büroangestellte - es sich nicht mehr leisten können, in der Nähe ihres Arbeitsplatzes zu wohnen? Es kann doch nicht sein, dass wir gute Lohnerhöhungen erkämpfen und die Menschen nichts davon haben, weil immer mehr in die Kassen von Immobilienunternehmen oder Spekulanten fließt. Bezahlbares Wohnen ist ein Menschenrecht. Der Mietenwahnsinn muss gestoppt werden! Die Politik muss endlich handeln!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vom Thema Wohnen zeigt auch, mit welchem anderen, großen Problem Deutschland sich konfrontiert sieht:

Vermögen ist in unserem Land extrem ungleich verteilt. Das reichste eine Prozent besitzt so viel wie 88 Prozent der Bevölkerung. Wie kann es da sein, dass millionenschwere Unternehmenserben vollständig von der Erbschaftsteuer verschont bleiben? Während gleichzeitig aber ab einem Jahreseinkommen von 14.000 Euro von jedem Euro rund ein Viertel als Einkommensteuer abgeführt werden muss! Was bitte hat das mit Steuergerechtigkeit zu tun? Wir brauchen endlich spürbare Entlastungen für untere und mittlere Einkommen. Die geplante Abschaffung des Solis wird uns da wenig bringen! Außerdem ist es höchste Zeit, dass Spitzenverdiener einen deutlich höheren Steuersatz zahlen. Der Spiegel berichtete am 22. März, dass die Quandt-Erben 1,1 Milliarden Euro auf ihr Konto überwiesen bekommen, als Dividende von BMW. Das macht einen Tagesverdienst von 1,7 Millionen Euro für Stefan Quandt und 1,38 Millionen Euro für Susanne Klatten an 365 Tagen im Jahr aus.

Hier, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss der Staat zugreifen und nicht wie hier in NRW im vergangenen Jahr geplant, beim Sozialticket. Gerechtigkeit beginnt mit Steuergerechtigkeit und nicht bei dem Motto der FDP „Wenn es für alle nicht reicht, holen wir es bei den Armen und Bedürftigen“. Vor allem aber benötigen wir eine Erbschaftsteuer. Auch die Wiedererhebung der seit mehr als 20 Jahren ausgesetzten Vermögensteuer ist überfällig. Das sind Einnahmen, die dringend gebraucht werden für Infrastruktur und Personal. Mit der CSU, die das verhindern will, sitzt die Opposition mit



auf der Regierungsbank. Was macht die neue Bundesregierung? Die Erbschaftsteuer kommt im Koalitionsvertrag nicht vor – auch von der Vermögensteuer ist nirgendwo die Rede.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit – das ist heute unser gewerkschaftliches Motto. Wir werden dafür kämpfen, dass diese Werte nicht nur gewerkschaftliches Handeln prägen, sondern auch Fundament politischer Entscheidungen und unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts darstellen! Gemeinsam wollen wir erreichen, dass in Deutschland Gute und sichere Arbeit geschaffen wird, dass niemand sich fragen muss, ob er morgen noch am selben Arbeitsplatz arbeiten kann oder ob das Geld später für die Rente reicht. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich Familien, in der sich Männer und Frauen keine Sorgen um ihre eigene Zukunft und die ihrer Kinder machen müssen, weil ihre Kinder gut und kostenlos betreut werden und danach eine qualifizierte Schulausbildung bekommen.

Wir wollen die Tarifbindung stärken und mehr Beschäftigten den Schutz von Tarifverträgen bieten. Wir wollen den Strukturwandel in ganz Deutschland aktiv begleiten und zusammen mit den Beschäftigten gestalten, um Brüche zu vermeiden und Regionen vor dem Abgehängtsein zu bewahren.

Wir wollen ein gerechtes Steuersystem, mit dem eine solide Infrastruktur und bezahlbare Wohnungen finanziert werden können.

Wir wollen einen öffentlichen Dienst, der seine wichtigen Aufgaben gut und bürgernah erfüllen kann. Dafür sind wir heute auf der Straße! Dafür werden wir in zwei Wochen auf dem Ordentlichen Bundeskongress des DGB ein neues Arbeitsprogramm verabschieden.

Am Ende kommt es auf euch an, auf eure Unterstützung, auf eure Kraft, auf eure Entschiedenheit, auf eure Solidarität, auf euren Mut, die Zukunft gemeinsam, sozial gerecht zu gestalten.

JA, auf euch kommt es an, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Danke für eure Aufmerksamkeit!

Glück auf!